

Gesellschaft und öffentliche Meinung im Jahr 1992

Lewada, Juri

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lewada, J. (1994). *Gesellschaft und öffentliche Meinung im Jahr 1992*. (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 8). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-437612>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

FORSCHUNGSSTELLE OSTEUROPA

- Bremen -

Nr. 8

Rußland

Januar 1994

**Gesellschaft und öffentliche Meinung
im Jahr 1992**

**von
Juri Lewada, Moskau**

**Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Universitätsallee GW 1, 28359 Bremen
Tel. 0421/218-3687, Fax 0421/218-3269**

Die Meinungen, die in diesen "Arbeitspapieren und Materialien" der Forschungsstelle Osteuropa (Bremen) geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

"Gesellschaft und öffentliche Meinung im Jahr 1992"

Die Institution der öffentlichen Meinung in der postsowjetischen (posttotalitären) Gesellschaft unterscheidet sich - hinsichtlich ihrer Struktur, ihrer Funktionen, ihrer Bedeutung im soziokulturellen System - in vielem von der in offenen Gesellschaften. In der Periode der totalitären, erzwungenen "Gesinnungsgleichheit" war die Existenz einer im modernen Sinne "öffentlichen" Meinung schlicht unmöglich. Die nach außen hin demonstrierte (wenn auch nicht immer geheuchelte) "einmütige Zustimmung" zum herrschenden System, und, parallel dazu, das taktisch-listige Bestreben, sich wenigstens ein Minimum an privatem Denken und Verhalten zu bewahren, sowie die relativ schwachen Versuche offenen Widerstands - all diese Komponenten des traditionellen sowjetischen Bewußtseins schlossen jene Unabhängigkeit der individuellen Meinung aus, die das Fundament der öffentlichen Meinung in den modernen Gesellschaften bildet. Daß es unter diesen Bedingungen praktisch unmöglich war, Meinungsforschung zu betreiben bzw. der Gesellschaft Daten über ihren Zustand vorzulegen, versteht sich von selbst.

Erst mit dem Zerfall der totalitären Strukturen der sowjetischen Gesellschaft, mit der Beseitigung des Zwangs zur Kontrolle des Denkens und den ersten Schritten hin zu einem politischen und ideologischen Pluralismus entstand zumindest die Möglichkeit einer freien öffentlichen Meinung. Diese Prozesse - wie auch andere Umschwünge in Richtung einer offenen, demokratischen Gesellschaft - erweisen sich jedoch als kompliziert und widersprüchlich. Die krisenhafte Entwicklung der vergangenen zwei Jahre hat gezeigt, daß die ersten Anzeichen eines gesellschaftlichen Erwachens in den Jahren von "Glasnost" und "Perestrojka" keineswegs gleichbedeutend waren mit der Entwicklung stabiler Grundlagen der demokratischen Institutionen (darunter der öffentlichen Meinung). Die ihrem Ursprung nach totalitären Persönlichkeitsstrukturen und Prägungen des Massenbewußtseins bestimmen nach wie vor in großem Maße alle Transformationsprozesse.¹ Im Bewußtsein eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung wirken die alten Stereotype und Verhaltensweisen des Paternalismus, der Gesinnungsgleichheit, Passivität, Hoffnung auf die "väterliche" Fürsorge des Staates weiter. (Eine demonstrativ kritische Einstellung gegenüber den Institutionen und Vertretern der Macht bedeutet nicht etwa die Überwindung der alten Werte; die Werteskala wurde hier, in dem gleichen passiven, paternalistisch geprägten Bewußtsein, einfach nur auf den Kopf gestellt.) Zu den Stereotypen zählen auch ethnozentrische Einstellungen, von denen sich ein Teil der Bevölkerung beeinflussen läßt.

Die regelmäßigen Untersuchungen, die das VCIOM (Allrussisches Zentrum für Meinungsforschung) in den letzten fünf Jahren durchgeführt hat, ermöglichen auf der Basis umfangreichen empirischen Materials die Analyse einiger inhaltlicher und struktureller Besonderheiten der posttotalitären öffentlichen Meinung. Angesichts der noch unausgereiften oder auch oberflächlichen demokratischen Mechanismen erweisen sich diese Strukturen zwangsläufig als verschwommen und vorläufig.

Charakteristisch für die ersten Jahre der Perestrojka war (oder schien zumindest) der hohe Politisierungsgrad der Bevölkerung. Er äußerte sich besonders in dem Interesse an politischen Fernsehsendungen (1989 hatten die Übertragungen der Sitzungen des

¹ Lewada, Juri: Die Sowjetmenschen, Berlin 1992

ersten sowjetischen Volksdeputiertenkongresses die höchste Einschaltquote), in der hohen Wahlbeteiligung, der Beachtung, die die führenden Politiker fanden (im Unterschied zu manchen westlichen Ländern verzeichneten die Listen der "Menschen des Jahres" in der sowjetischen und postsowjetischen Gesellschaft bis vor kurzem nur Politiker und Politikerinnen) usw.

All diese eher äußerlichen Anzeichen der Politisierung müssen wir heute einer nüchternen Neubewertung unterziehen. Angesichts des Fehlens eines echten Pluralismus und ausgearbeiteter Positionen (auch politischer Parteien und Programme, sowie von Mechanismen politischer Auseinandersetzung und von Wettbewerb) hat sich die demonstrative Politisierung der Massen weitgehend als einfache Fortsetzung der sattsam bekannten "Massenaktivität" (d.h. der allgemeinen demonstrativen Unterstützung) während des Totalitarismus erwiesen. Ebenso herkömmlich war die Verankerung der "zentralen" Autorität der letzten nationalen Führer - zunächst Gorbatschows, dann Jelzins - im Massenbewußtsein. "Nicht traditionell" war dann allerdings die öffentliche Diskreditierung der politischen Führung. Da das Augenmerk der Öffentlichkeit nicht auf Parteien und Programme, sondern auf die Gestalten der "obersten" Führer gerichtet war, neigte die öffentliche Meinung dazu, auf eben diese Führer die Schuld an allen Schwierigkeiten und Enttäuschungen abzuwälzen. Die Vertretungsorgane, die nicht unter den Bedingungen eines politischen Pluralismus, sondern in einer pseudopolitischen, emotional aufgeheizten Atmosphäre gewählt worden waren, wurden völlig gesetzmäßig zu einem der Krisenzentren der demokratischen Entwicklung.

Die Ergebnisse der Meinungsforschung in der postsowjetischen Periode zeugen von dem widersprüchlichen, vorläufigen und deshalb permanent krisenhaften Zustand dieser Gesellschaft. Doch was sie nicht bestätigen, ist die Auffassung, jedwede Veränderung sei ausgeschlossen und die vormaligen totalitären Strukturen behaupteten sich weiterhin. Auch wenn der Pluralismus sich noch nicht durchgesetzt hat, verliert die Gesellschaft doch ihre lähmende, eiserne Geschlossenheit. Freilich handelt es sich bei dem hiesigen Pluralismus, im Unterschied zu vielen westlichen Gesellschaften, eher um einen "Generationen-" denn um einen Parteienpluralismus, d.h. hier wird die Gesellschaft nicht in "horizontale", sondern in "vertikale" Strukturen (Kohorten) differenziert.²

Die Unentwickeltheit der individuellen politischen Erfahrung in der posttotalitären Gesellschaft führt zu einem unverhältnismäßig großen Einfluß der Massenmedien auf die Inhalte und Strukturen des Massenbewußtseins. Die - durch soziologische Untersuchungen ermittelten - Urteile der öffentlichen Meinung sind häufig nur das Echo der Stereotype der Massenmedien (vor allem des Monopolinhabers Fernsehen). Allerdings urteilt, wie wir weiter unten sehen werden, die öffentliche Meinung in vielen

² Ein jüngstes Beispiel: Wie eine VCIOM-Studie vom Februar 1993 zeigt, besteht ein eindeutiger, fast linearer Zusammenhang zwischen der Einstellung der russischen Bevölkerung zur kommunistischen Partei und dem Lebensalter. Eine neuerliche Alleinherrschaft der Kommunisten befürworten 23 % der über Sechzigjährigen, 10 % der Vierzig- bis Fünfundfünfzigjährigen, 7 % der Dreißig- bis Vierzigjährigen und nur 5 % der Zwanzig- bis Dreißigjährigen. (Die Stichprobe umfaßt 1.578 Personen; es handelt sich um eine repräsentative Zufallsauswahl aus der Stadtbevölkerung.)

wesentlichen Fragen nüchterner und gesünder als eine Reihe gestriger Ideologen der Perestrojka, die mittlerweile zu Herolden eines sozialen Alarmismus und allgemeiner Verzweiflung geworden sind.

Bis in die letzte Zeit hinein konnte in der russischen postsowjetischen Gesellschaft keine Rede von einem unmittelbaren Einfluß veröffentlichter Befragungsergebnisse auf das reale politische Wahl- und das Konsumverhalten der Massen sein. Es herrscht die Illusion, Umfragen zur öffentlichen Meinung wirkten sich auf die Beschlußfassung der staatlichen Organe aus. In Wirklichkeit aber zeugen die unterschiedlichen Kursrichtungen der Politiker bei Massenkampagnen (z.B. in den Zusammenstößen anläßlich des Verfassungsreferendums 1991) und die Verweise auf die Ergebnisse von häufig sehr unprofessionell durchgeführten Umfragen eher von der Rückständigkeit der öffentlichen Meinung als sozialer Institution denn von ihrer bedeutenden Rolle.

Die soziale Situation in Rußland wurde 1992 vor allem von zwei Faktoren beeinflusst: der radikalen, "marktorientierten" Wirtschaftsreform, eingeleitet unter der Regierung Gajdar, und der Krise der politischen Institutionen. Die Verwirklichung der Anfang Januar in Gang gesetzten Wirtschaftsreform stieß von vornherein auf politisches Mißtrauen und Widerstand; faktisch fehlte eine starke politische Führung, die das Vertrauen der Bevölkerung oder zumindest der regierenden Partei und der Parlamentsmehrheit gehabt hätte. Diese Voraussetzungen fehlten, und es konnte sie in Rußland auch gar nicht geben. Die Desintegration der Gesellschaft, die in der Periode der "Perestrojka" unter Michail Gorbatschow begonnen hatte, setzte sich auch nach der politischen Krise im August 1991 und dem darauffolgenden Zerfall der staatlichen Strukturen der Sowjetunion fort. Die Regierung Jelzin/Gajdar entschloß sich, die einmalige Chance zu nutzen und eine grundlegende Umwandlung des ökonomischen Systems in die Wege zu leiten, ohne zunächst zu warten, bis sich die politischen Verhältnisse stabilisiert hatten und eine politische Basis für die Reform entstanden war. Die Erwartungen und Befürchtungen der Bevölkerung, ihre Sorgen und Hoffnungen und ihre Austragungen, den Alltag zu regeln - all dies war hauptsächlich von der neuen ökonomischen Situation geprägt, die nach der Freigabe der Verbraucherpreise und der Einführung von "Markt"regulatoren entstanden war.

Die politische Krise des Jahres 1992 hat sich auf den verschiedenen Stufen der "Gesellschaftspyramide" sehr unterschiedlich ausgewirkt. Am schmerzhaftesten traf sie die oberen Ebenen, die der Machtorgane und der sie unterstützenden Institutionen (Presse usw.). Im Parlament und seinem Umfeld (sowie im Umfeld des Präsidenten) gewannen konservative Kräfte an Boden, die versuchten, die Reform zu blockieren und Regierung und Präsidenten zu kontrollieren. Die Aktivitäten der nationalpatriotischen, antidemokratischen Organisationen nahmen zu. Gegen Ende des Jahres wurden auch verschiedene kommunistische Gruppierungen, die die Nachfolge der im August 1991 verbotenen KPdSU anstrebten, verstärkt aktiv. Gleichzeitig ließ sich bei der breiten Masse ein schwindendes Vertrauen in die Politik und politischen Einrichtungen, eine politische Apathie und Enttäuschung durch die demokratischen Slogans beobachten. Keiner der politischen Parteien gelang es, sich einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung zu schaffen und Einfluß auf sie auszuüben.

Angesichts dessen entstanden, trotz der weit verbreiteten Unzufriedenheit in der Gesellschaft (ausgelöst vor allem durch die ökonomische Situation, speziell den Preis-

anstieg infolge anderer, inflationärer Prozesse, die die Wirtschaftsreform begleiteten), keinerlei von den breiten Massen getragenen politischen Bewegungen, kam es zu keinen Konflikten oder machtvollen Streiks. (Die Nationalitätenkonflikte, die auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR, vor allem außerhalb Rußlands, ausgebrochen sind und die gegen Ende des Jahres auch das Gebiet des Nordkavkasus erreichten, das sich unter russischer Gerichtsbarkeit befindet, begreift die Bevölkerung als lokale und "fremde".)

Das endgültige Auseinanderbrechen der Sowjetunion im Dezember 1991 kam für die Gesellschaft nicht unerwartet, hatte sich doch dieser Auflösungsprozeß über viele Monate zugespitzt und war breit diskutiert worden. Dennoch reagierte die Bevölkerung mit Trauer und Schmerz auf das formale Ende der Union, einem Schmerz, der in dem Maße zunahm, in dem die Folgen der Zerstörung des einheitlichen Imperiums zu spüren waren: der Abbruch des wirtschaftlichen Austausches, die wachsenden Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung der gewohnten Beziehungen und beim Passieren der neuen Grenzen, schließlich die wachsenden Flüchtlingsströme aus den Gebieten mit Nationalitätenkonflikten.

Das außenpolitische Interesse der von ihren eigenen Problemen absorbierten russischen Bevölkerung beschränkte sich auf einige wenige Punkte: das Problem der Hilfe durch den Westen, die Haltung zu den großen internationalen Konflikten. Alles in allem befürwortete die öffentliche Meinung in Rußland die Außenpolitik der Regierung (mit Ausnahme der Sanktionen gegen Serbien) und zeigte sich enttäuscht von der Ineffektivität der westlichen Hilfsleistungen für Rußland.

Einige wesentliche Aspekte der in der russischen postsowjetischen Gesellschaft ablaufenden Prozesse lassen sich mithilfe der regelmäßigen Befragungen untersuchen, die in den letzten fünf Jahren durch das VCIOM durchgeführt wurden. An jedem Jahresende erstellt das VCIOM anhand seiner Erhebungen eine Liste der wichtigsten Ereignisse des Jahres, die sich als Indikator für gesellschaftliche Stimmungen und Interessen deuten läßt. Bis in die letzte Zeit hinein fanden sich auf diesen Listen überwiegend politische Ereignisse unterschiedlichen Ranges, die die öffentliche Meinung aufgewühlt hatten. Die Liste der wichtigsten Ereignisse des Jahres 1992 unterscheidet sich insofern wesentlich von den vorhergehenden, als in ihr durch die Wirtschaftsreform ausgelöste Erschütterungen dominieren. Außerdem erhielt, auch dies höchst aufschlußreich, zum erstenmal ein an und für sich unbedeutendes, von den aktuellen wirtschaftlichen und politischen Problemen weit entferntes Produkt der Massenkultur den Rang eines "Ereignisses des Jahres".

Folgende "wichtigste Ereignisse des Jahres" wurden 1991 und 1992 bei repräsentativen Befragungen der Bevölkerung genannt³ (in Klammern: Prozentanteil der Personen, die die jeweiligen Ereignisse angaben): Tabelle 1: Die wichtigsten Ereignisse des Jahres

1991 von 1.000 Befragten gaben an:	1992 von 1.700 Befragten gaben an:
1. der Putschversuch im August (49)	1. die Freigabe der Preise (52)
2. die Freigabe der Preise (32)	2. die Ausgabe von Anteilsscheinen zum Volkseigentum (sog. Voucher) (23)
3. das Verbot der Tätigkeit der Kommunistischen Partei (29)	3. die Indexierung der Einkünfte (21)
4. die Preisreform (26)	4. die Ausstrahlung der mexikanischen Fernsehserie "Auch Reiche weinen" (19)
5. die Wahl des russischen Präsidenten (25)	5. der Konflikt in der Dnestr-Region (19)
6. die Unabhängigkeitserklärungen der Sowjetrepubliken (19)	6. der Abchasien-Konflikt (18)
7. das Referendum über den Erhalt der UdSSR (15)	7. der 7. Kongreß der Volksdeputierten (16)
8. der Golfkrieg (13)	8. Überprüfung des Verbots der KPdSU durch das Verfassungsgericht (11)

Wie man sieht, wurde im - dominierenden - ökonomischen Bereich nur ein Ereignis, nämlich die Freigabe der Preise als der spürbarste Schlag gegen das gesamte System des "sowjetischen" Wirtschaftslebens, von der Mehrheit der Befragten genannt. Und es erscheint verwunderlich, daß 1992 gleich auf den Wirtschaftsblock ein Ereignis folgt, das in den Bereich des familiären Konsums von Massenkultur fällt: die Ausstrahlung einer reichlich banalen Fernsehserie, die bei den Zuschauern großen Erfolg hatte.

Daß sich die Aufmerksamkeit der Bevölkerung vor allem auf die alltäglichen wirtschaftlichen Probleme und entschieden weniger auf die politischen Ereignisse richtete, ist evident. Die unerwartet hohe Wertung der Fernsehserie kann als ein Indiz für die Verlagerung des Masseninteresses hin zum Alltag, zum häuslichen Leben, zur Freizeit in der Familie gewertet werden. Interessant ist auch eine Gegenüberstellung der Antworten von 1991 und 1992 auf die Frage, welche Ereignisse die Befragten am meisten beunruhigt haben.

³ Alle Untersuchungen des VCIOM, auf die sich der vorliegende Text bezieht, wurden nach einer regionalen, repräsentativen Zufallsauswahl der Bevölkerung Rußlands durchgeführt. In jeder Tabelle ist die Stichprobengröße angegeben. Falls eine Untersuchung nur unter der Stadtbevölkerung durchgeführt wurde, ist das besonders vermerkt (fehlt dieser Hinweis, so umfaßt die Untersuchung sowohl die Stadt- als auch die Landbevölkerung). - Höchste Abweichung: 3,3 %

Tabelle 2: Ereignisse, die am meisten beunruhigten.

1991	1992
1. die steigenden Preise (75)	1. die steigenden Preise (69)
2. der wirtschaftliche Zusammenbruch (40)	2. der wirtschaftliche Zusammenbruch (36)
3. der Zerfall der Sowjetunion (38)	3. der Zerfall der Sowjetunion (31)
4. der Verlust des Großmachtprestiges (30)	4. die blutigen Konflikte (32)
5. Ungleichheit und Spaltung der Gesellschaft (26)	5. der Verlust des Großmachtprestiges (26)
	6. Ungleichheit und Spaltung der Gesellschaft (19)

Quelle: Vgl. Tabelle 1

Die Liste der Ereignisse, die die russische Bevölkerung als besonders besorgniserregend einstufte, hat sich also im Laufe eines Jahres praktisch nicht verändert. Es läßt sich sogar ein leichter Rückgang der Besorgnis feststellen: Offensichtlich findet hier eine Anpassung und Gewöhnung der Bevölkerung an die neuen politischen und ökonomischen Gegebenheiten statt. Ende 1991 fanden 91 % der Befragten das auslaufende Jahr schwerer als das vorangegangene. Ende 1992 war der entsprechende prozentuale Anteil schon etwas niedriger: 81 %. Ende 1991 nahmen 44 % der Befragten an, daß sich die Lage des Landes in Zukunft noch verschlechtern werde, Ende 1992 erwarteten das nur noch 20 %. Es gibt mithin Anzeichen für eine Stabilisierung der Stimmung innerhalb der Bevölkerung und für einen leichten Anstieg der optimistischen Erwartungen.

Seit fünf Jahren befragt das VCIOM die Bevölkerung jeweils zum Jahresende auch nach den prominentesten "Menschen des Jahres" aus dem In- und Ausland. Im Laufe des Jahres 1992 hat sich das Urteil der russischen Bevölkerung über die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verändert. Hier in der Gegenüberstellung die Listen der populärsten "Menschen des Jahres" von 1991 und 1992:

Tabelle 3: Menschen des Jahres⁴

1991	1992
1. B. Jelzin (45)	1. B. Jelzin (21)
2. G. Bush (10)	2. J. Gajdar (12)
3. N. Nasarbajew (9)	3. A. Rutzkoj (10)
4. M. Gorbatschow (9)	4. R. Chasbulatow (10)
5. A. Sobtschak (7)	5. V. Castro (9)
6. E. Schewardnadse (6)	6. A. Sobtschak (7)

Quelle: vgl. Tabelle 1

⁴ R. Chasbulatow: Vorsitzender des Obersten Sowjets der Föderation Rußland; V. Castro: Hauptdarstellerin der Fernsehserie "Auch Reiche weinen"; J. Gajdar: seit 1991 Wirtschafts- und Finanzminister; von Juni bis Dezember 1992 Vorsitzender der Regierung der Föderation Rußland; N. Nasarbaew: Präsident der Republik Kasachstan (vormals Kasachische SSR); E. Schewardnadse: bis 1991 Außenminister der UdSSR, seit März 1992 Staatsratsvorsitzender der Republik Georgien; A. Sobtschak: Bürgermeister von St. Petersburg.

Was diese beiden Listen der "Helden" von 1991 und 1992 vor allem unterscheidet, ist das abnehmende Interesse der Allgemeinheit an der politischen Hauptfigur des Landes, Präsident Boris Jelzin. Darüber hinaus fällt die Wahl einer Filmschauspielerin auf den ersten Platz unter den "Frauen des Jahres" ins Auge. (In den früheren Befragungen nahm gewöhnlich Margaret Thatcher diesen Rang ein.) Das Interesse an Politikern geht zurück, was als Indiz für die zunehmende Entpolitisierung der russischen Gesellschaft gelten kann. In der derzeitigen Phase der politischen Krise, angesichts des derzeitigen politischen Lebens ist dies ein durchaus zwangsläufiger Prozeß.

Den krisenhaften Tendenzen liegt neben konjunkturellen Faktoren (wie den aktuellen ökonomischen Ereignissen) der gesellschaftliche Kräfte- und Stimmungswechsel der "Postperestrojka" zugrunde. In der öffentlichen Meinung vollzieht sich eine Neubewertung der sozialen Institutionen und der Autoritäten der Perestrojka Gorbatschows (im Grunde hat hier bereits eine völlige Umwertung der gestrigen Werte stattgefunden), aber auch des ersten Jahres nach deren offiziellem Ende.

Diese Neubewertung wird in der russischen und ausländischen Presse häufig als "Krise der Demokratie" in Rußland interpretiert. Das ist jedoch nur bedingt richtig, und sei es deshalb, weil in der russischen Gesellschaft bis heute die realen Institutionen einer hochentwickelten, modernen Demokratie fehlen. Sie wurden in den Jahren der Perestrojka, wo sich die Institutionen der totalitären Gesellschaft (die Macht- und Vertretungsorgane) lediglich an die neue Situation der Toleranz und des Meinungspluralismus anpaßten, nicht geschaffen, und sie haben sich auch heute noch nicht herausgebildet. Daher rührt die große inhaltliche Verschwommenheit des Begriffes Demokratie, rühren die unklaren Aussagen der demokratischen Bewegungen, Organisationen und Politiker in Rußland. Die Bezeichnung "demokratisch" verband sich mit Parolen und Stimmungen, die gegen die traditionelle sowjetkommunistische Ordnung gerichtet waren. Entsprechend traten unter diesem Etikett populistische, patriotische, national-separatistische, liberal-kommunistische Gruppierungen und Führer auf, die nur die Ablehnung des alten Regimes vereinte. Ein solches Bündnis aber bricht zwangsläufig wieder auseinander, und darin liegt einer der Hauptgründe für die derzeitige Krise - die Krise der Übergangs-, der protodemokratischen Institutionen, die eine wichtige Rolle beim Zusammenbruch des totalitären Systems spielten und damit ihre positiven Möglichkeiten erschöpft haben.

Das Schicksal der Übergangsstrukturen teilen die Politiker des "Übergangstyps", vor allem Michail Gorbatschow. Wie wir weiter unten sehen werden, erfährt die Autorität Boris Jelzins starke Einbußen, und wenn es dem russischen Präsidenten nicht gelingt, seine Rolle als "Übergangsfigur" gegen eine stabilere, der derzeitigen politischen Entwicklung angemessene Rolle einzutauschen, werden seine Möglichkeiten als politischer Führer ebenfalls bald erschöpft sein. Das Schicksal der Übergangspolitiker teilten Ende 1992 Jegor Gajdar und einige Mitglieder der ersten Reformregierung. Indessen liegt das Problem nicht einfach in der Ablösung eines bestimmten Politikertyps. Es geht vielmehr um die tiefe Krise, in der jene Schicht der demokratisch gesinnten Intelligenz steckt, die der Hauptverbündete und -kritiker der Perestrojka Gorbatschows war. Heute finden die Angehörigen dieser Schicht, die ihre Rolle Ende der

achtziger Jahre, in der spektakulären Phase von Glasnost und Perestrojka gespielt haben, keinen Platz mehr für sich. Ein Teil geht in die "patriotische" Opposition, ein anderer erzeugt und schürt die Katastrophenstimmung, die in den letzten Monaten erheblich zugenommen hat. Klar ist: Es kann keine "Neuaufgabe" der Übergangsstrukturen und -politiker geben; deren Funktionen waren einmalig und sind deshalb zusammen mit ihren Trägern zum Verschwinden verurteilt.

Durch den notwendigen Niedergang der Autoritäten der postsowjetischen Übergangszeit entstand ein Machtvakuum, und praktisch alle staatlichen Institutionen und politischen Eliten verloren den Rückhalt in den Massen. Die Erhebungen zeigen, wie dies konkret aussieht. Die Zustimmung zu den wichtigsten sozialen Institutionen bleibt im Verlauf des Jahres - mit einigen Schwankungen - niedrig. Gemäß den durch das VCIOM ermittelten Daten ergibt sich für September/Oktober 1992 folgende Einstellung der russischen Bevölkerung zu den politischen und sozialen Institutionen:

Tabelle 4: Einstellung zu den politischen und sozialen Institutionen

	volles Vertrauen	bedingtes Vertrauen	kein Vertrauen	keine Antwort
Oberster Sowjet	6 (13)	27 (37)	36 (18)	31 (32)
Regierung	2 (9)	25 (33)	37 (22)	36 (36)
Gewerkschaften*	5	24	41	30
Armee	30 (45)	25 (23)	13 (6)	32 (25)
Staatssicherheit	12 (15)	23 (26)	23 (24)	42 (35)
national-patriotische Bewegungen*	8	12	22	58
Kirche	45 (39)	17 (12)	7 (7)	31 (41)
Massenmedien	19 (19)	41 (50)	19 (12)	21 (19)

* Im Dezember 1991 nicht erfragt.

Quelle: Untersuchung des VCIOM vom September/Oktober 1992, vgl. Tabelle 1; 1.357 Befragte; Angaben in Prozent der Befragten; in Klammern: Ergebnisse der Befragung von 1991.

Vor dem Hintergrund des geringen und weiter sinkenden Vertrauens in die sozialen Institutionen fällt die relativ positive Einstellung zur Kirche auf. Sie findet ihre Erklärung darin, daß sich die Bevölkerung angesichts der Krise der modernen Institutionen zunehmend den traditionalistischen zuwendet. Man versucht, zumindest demonstrativ, das ideologische Vakuum zu füllen, das nach der Diskreditierung der kommunistischen Ideologie entstanden ist.

Komplizierter ist das Problem der Bewertung der Armee. Die vergleichsweise positive Einschätzung dieser Institution durch die Bevölkerung zeugt davon, daß das "Afghanistan-Syndrom" (die negative Einstellung zu den Streitkräften und zur Gewalt) wie auch die Enthüllungen über den Kasernenterror in der Armee (die "Dedowschtschina") ihre Wirkung verloren haben. Gleichzeitig veranlassen die endlosen blutigen Konflikte an der Peripherie des ehemaligen sowjetischen Imperiums einen erheblichen Teil der Bevölkerung dazu, in der (russischen, ehemals sowjetischen) Armee einen unmittelbaren Beschützer und Friedensstifter zu sehen. Natürlich besteht

die Gefahr, daß die Anhänger einer *law and order*-Politik, einer Politik der eisernen, bewaffneten Hand solche Stimmungslagen ausnutzen. Diejenigen, die einen Übergang der Macht in die Hände des Militärs befürworten, machen in den letzten Monaten des Jahres 1992 immerhin ein Fünftel der durch das VCIOM Befragten aus.

Das Vertrauens- bzw. Mißtrauensverhältnis der russischen Bevölkerung zu den sozialen Institutionen der instabilen postsowjetischen Gesellschaft, in der die traditionelle oder konstitutionelle Legitimation der Macht fehlt, unterscheidet sich wesentlich von äußerlich ähnlichen Einstellungen in den stabilen westlichen Gesellschaften. Gerade die jetzige Phase des "totalen" Mißtrauens kann als unvermeidliches Resultat des Zerfalls der paternalistischen Formen der Staatlichkeit interpretiert werden, die die traditionellen sowjetischen Institutionen auszeichneten. Anders gesagt: Die Bevölkerung entzieht den staatlichen Institutionen das Vertrauen, weil diese nicht mehr die Funktion der allgemeinen "Vormundschaft" und Verteilung der Güter übernehmen.

Wie schon gesagt, darf das schwindende Vertrauen in die sozialen Institutionen nicht als Ausdruck der Bereitschaft zur Revolte, zum Sturz der Machthaber interpretiert werden. Es herrscht noch kein echter politischer Pluralismus im Lande, und für den überwiegenden Teil der Bevölkerung gibt es heute genauso wenig eine Alternative zu den Machthabern wie zur Sowjetzeit.

1992 beurteilte die Bevölkerung die politische Lage in Rußland folgendermaßen:

Tabelle 5: Beurteilung der gesamtpolitischen Lage

	März	Mai	Sept.	Dez.
Ausbau der Demokratie	9	8	6	9
Weiterbestehen der früheren Ordnung	22	23	18	16
Entstehung einer Diktatur	3	3	4	5
zunehmende Anarchie	46	46	54	52
weiß nicht	20	19	18	19

Quelle: Untersuchung des VCIOM vom September/Oktober 1992, vgl. Tabelle 4; Angaben in Prozent der Befragten.

Die Einschätzungen bleiben fast gleich, leichte Schwankungen lassen sich rein statistisch erklären. Auffällig ist die große, sogar noch steigende Furcht vor der Anarchie.

Im Verlauf praktisch der gesamten sowjetischen Geschichte trugen die Machtbeziehungen einen persönlichen, ostentativ personalisierten Charakter. Die jüngsten Beobachtungen und Befragungsergebnisse machen deutlich, daß dies für heute kaum mehr gilt.

So ergibt die weiter oben erwähnte Untersuchung des VCIOM (September 1992) folgendes Bild vom Grad der Zustimmung zur Tätigkeit verschiedener maßgeblicher Politiker:

Tabelle 6: Vertrauen in die politische Führung⁵

	volle Zustimmung	bedingte Zustimmung	Mißbilligung bis Ablehnung	keine Antwort
B. Jelzin	14	36	33	17
A. Ruzkoj	15	28	18	39
A. Sobtschak	13	16	28	43
R. Chasbulatow	8	21	34	37
J. Gajdar	4	22	48	26
M. Gorbatschow	5	14	58	23
W. Shirinowskij	4	6	56	34

Quelle: vgl. Tabelle 4, Angaben in Prozent der Befragten.

Wie man sieht, fehlt ein unumstrittener, "allgemeiner" Führer, den die deutliche Mehrheit der Bevölkerung akzeptieren würde. Für alle im Fragebogen aufgeführten Politiker gilt, daß die Zahl derer, die sie total ablehnen, höher ist als die Zahl derer, die sie voll unterstützen.

Am bedeutsamsten ist dabei, daß der Rückhalt Jelzins in den Massen deutlich abnimmt, wobei die uneingeschränkte Unterstützung seiner Politik zunehmend durch bedingte Unterstützung, Skepsis und Mißbilligung abgelöst wird. Die Befragungsergebnisse des VCIOM zur Einstellung der russischen Bevölkerung zu Jelzin sind in der folgenden Tabelle festgehalten. (Angaben in Prozent der Befragten.)

⁵ A. Ruzkoj: Vizepräsident der Föderation Rußland; W. Shirinowski: Vorsitzender der sog. Liberal-Demokratischen Partei, 1991 Herausforderer Jelzins bei der Wahl um den Präsidenten Rußlands; die übrigen: vgl. Tab. 3.

Tabelle 7: Einstellung zur Tätigkeit Boris Jelzins

- Monat/Jahr:	7/91	10/91	3/92	9/92	1/93
- Zahl der Befragten:	1.033	1.044	1.579	1.460	1.640
- Ich teile die Ansichten und Positionen J.s völlig.	29	15	11	5	5
- Ich bin bereit, J. zu unterstützen, solange er an der Spitze der demokratischen Kräfte steht.	11	17	9	8	11
- Bisher hat J. mir nicht besonders gefallen, aber ich hoffe, daß er Rußland in Zukunft noch nützlich ist.	16	10	4	7	7
- Ich unterstütze J., weil es keine anderen unterstützenswerten Führer gibt.	15	20	15	14	16
- Früher gefiel mir J., aber in der letzten Zeit hat er mich enttäuscht.	7	11	18	30	29
- Ich bin kein Anhänger J.s.	8	10	13	21	15
- Ich bin der Ansicht, daß man jeden anderen, nur nicht J. unterstützen sollte.	3	2	5	5	6
- weiß nicht	11	15	25	10	11
- Insgesamt für J.	71	62	39	34	39
- Insgesamt gegen J.	18	23	36	56	50

Das Vertrauen in den russischen Präsidenten, den heute nur noch ein Drittel der Bevölkerung - und das mit vielen Einschränkungen - unterstützt, ist ganz offensichtlich erschüttert. Um die Bedeutung dieser Vertrauenskrise richtig zu verstehen, muß man nach meiner Ansicht das Spezifische an jener breiten Unterstützung berücksichtigen, die Jelzin vor ein bis anderthalb Jahren zuteil wurde. Hier gab es weder die dauerhafte Legitimität des konstitutionellen Staatsoberhauptes "westlichen" Typs noch die charismatische, rein personenbezogene Autorität des Führers, die man Ende des 20. Jahrhunderts als "östliche" bezeichnen kann. Mit gewissen Einschränkungen läßt sich bei Gorbatschow von einer charismatischen Persönlichkeit sprechen, doch hatte er diese Wirkung nur bei einem bestimmten Teil der Bevölkerung und das auch nur während einer kurzen Phase seines Wirkens. Jelzins Autorität verdankte sich hauptsächlich seiner radikalen, teilweise populistischen Kritik an der Inkonsequenz und Unentschlossenheit Gorbatschows. Was die Autorität des russischen Präsidenten außerdem stärkte, war sein Eintreten für die "Interessen Rußlands", für eine Idee also, die zwar immer höchst verschwommen und widersprüchlich erschien, aber zweifellos eine integrierende Funktion im Kampf gegen die sowjetimperialistischen Strukturen und Konzeptionen erfüllte. In letzter Zeit wird diese Idee immer häufiger von der konservativ-"patriotischen" Opposition gegen Jelzin und vor allem gegen die Außenpolitik der Regierung eingesetzt. Heute ist die Rückkehr zur Legitimität "sowjetischen" Typs (d.h. zu den Mechanismen der demonstrativen Unterstützung des "geliebten" Führers) in Rußland (die Situation in den angrenzenden Staatsgebilden soll hier nicht erörtert werden) genauso wenig wahrscheinlich wie das neuerliche Auftreten charismatischer Persönlichkeiten.

So ist nicht einfach nur das Vertrauen in die derzeitige Führung erschüttert; es herrscht vielmehr eine Krise des gesamten, auf dem Wechselverhältnis von Führung

und sie unterstützende Massen basierenden Mechanismus; eine Krise, die charakteristisch ist für totalitäre und posttotalitäre Systeme. Hinzu kommt die unvermeidliche Unbeliebtheit des radikalen wirtschaftlichen Reformkurses der Regierung. Rechtsstaatliches Handeln und Professionalität, die im russischen und sowjetrussischen Staatswesen keine Tradition hatten, werden erst langsam zu maßgeblichen Größen. Das augenfälligste Beispiel für die mühsame Durchsetzung von Professionalität ist die Einstellung der Gesellschaft zur Regierung unter Gajdar: Diese Regierung fand gerade und nur wegen ihrer hohen Kompetenz Anerkennung bei einem Teil (in kritischen Phasen: etwa der Hälfte) der Bevölkerung; alle vorhergehenden sowjetischen und postsowjetischen Machthaber zeichneten sich durch einen Mangel an Professionalität aus, den sie durch Autoritarismus und Populismus wettmachten. Das Problem der jetzigen russischen Gesellschaft ist nicht ihr Mangel an populären Führern, sondern die Tatsache, daß sie sich nur mit großer Mühe von der Hoffnung auf populäre, paternalistische Führer befreit.

Eins der größten Paradoxa der heutigen russischen Wirklichkeit ist die relativ große soziale Stabilität angesichts des Umstands, daß die Bevölkerung ihren eigenen Alltag und die Arbeit der staatlichen Institutionen äußerst negativ einschätzt. Der ständigen politischen (genauer: pseudopolitischen) Hochspannung überdrüssig, hört das Volk weder auf extremistische Losungen, noch bringt es für irgendeine der politischen Parteien Interesse auf. Allem Anschein nach gilt das auch für die Rest-KPdSU, die sich im Dezember 1992 neu zu formieren begann, nachdem das Verfassungsgericht das Betätigungsverbot aufgehoben hatte. (Im Dezember 1992 bezeichneten sich nur vier Prozent von 1.600 befragten Stadtbewohnern als Anhänger der Kommunistischen Partei; in Moskau waren es sechs Prozent.)

Außerdem entsteht durch die pointiert negativen Einschätzungen ein übertriebenes Bild von den schwierigen Lebensbedingungen, ein Phänomen, an dem die orientierungslosen und enttäuschten Demokraten aktiven Anteil haben, ganz zu schweigen von den Oppositionsgruppen aller Couleur. Die Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Erhebungen lassen den sicheren Schluß zu, daß die Mehrheit der Bevölkerung ihre gegenwärtigen Lebensverhältnisse zwar für schwierig, aber im Großen und Ganzen für noch erträglich hält.

Tabelle 8: Einschätzung der eigenen Lebensbedingungen

1.500 Befragte im Oktober 1992, 1.700 Befragte im Dezember 1992

	Oktober	Dezember
Es ist alles nicht so schlimm, man kann leben.	6	7
Das Leben ist schwer, aber es läßt sich ertragen.	41	50
Das Leben geht über meine Kraft.	47	37
weiß nicht	6	6

Wenn man den in der Psyche des Volkes angelegten und durch die oben erwähnte Stimmungsmache verstärkten Hang zu einem gewissen überspitzten Pessimismus be-

rücksichtigt, kann man davon ausgehen, daß 30-40 % oder etwa ein Drittel der Bevölkerung die eigene Lebenssituation eher negativ beurteilt.

Relativ weit verbreitet ist (vor allem in den Massenmedien) die Anschauung, daß die zurückhaltende Reaktion der Bevölkerung auf die derzeitigen Schwierigkeiten mit der russischen Gewohnheit zusammenhänge, alle nur erdenkbaren Leiden geduldig zu ertragen. Unser vorliegendes Material sagt anderes aus: Zurückhaltend positiv äußern sich gerade nicht die besonders traditionalistisch eingestellten Menschen, sondern im Gegenteil die eher Jungen, modern Denkenden, überdurchschnittlich Aktiven und Gebildeten. Hinzu kommt, daß die Bereitschaft, die derzeitige Umbruchsituation durchzustehen, unmittelbar mit dem Wunsch nach Fortsetzung der Wirtschaftsreform verknüpft ist. Bei einer VCIOM-Befragung vom August 1992 (1.600 befragte Stadt- und Landbewohner) gaben 53 % der Befragten an, daß die Reformen fortgeführt werden sollten, 20 % waren dagegen und 27 % wußten keine Antwort.

So sah das Meinungsbild auch in den folgenden Monaten aus. Im August stimmten 49 % der Befragten darin überein, daß es entschiedener und schnellere Veränderungen geben müsse; 32 % sprachen sich für ein behutsameres Vorgehen aus. Im Oktober 1992 änderte sich das Verhältnis leicht (46 % zu 35 %), im Dezember betrug es 47 % zu 30 %. Für eine Fortführung der Reformen stimmten eher junge, gebildete Personen, Großstadtbewohner, Führungskräfte in Betrieben, qualifizierte Arbeiter.

Tabelle 9: Sollen die Wirtschaftsreformen fortgesetzt werden?

Monat/Jahr	dafür	dagegen	weiß nicht	Zahl der Befragten
März 1992	46	26	28	1.579
Juni 1992	47	21	32	1.630
August 1992	53	20	27	1.656
November 1992	57	19	24	1.603
Januar 1993	57	17	26	1.640

Ein weiteres Paradox des Massenbewußtseins in Rußland ist die weit verbreitete Sehnsucht nach der sowjetischen "Vor-Perestrojka-Zeit" bei gleichzeitigen deutlichen Anzeichen dafür, daß die Bevölkerung mit den Grundwerten dieser Vergangenheit gebrochen hat. So stimmten in der schon erwähnten Befragung vom Oktober 1992 50 % der Befragten der Aussage zu: "Es wäre besser, wenn alles im Land so bliebe wie vor 1985" (während 30 % anderer Meinung waren und 20 % keine Antwort wußten). Im Dezember veränderte sich das Verhältnis leicht: 42 % zu 49 %. Es steht zu vermuten, daß die positive Einschätzung bestimmter Phasen und Führer der sowjetischen Vergangenheit als Mittel zur notwendigen Verdrängung der negativ erfahrenen heutigen Wirklichkeit dient. Damit ist offenbar auch die im letzten Jahr gestiegene Zahl von Befürwortern Stalins zu erklären.

Das Verhaftetsein des Massenbewußtseins in konservativen Vorstellungen, von dem weiter oben die Rede war, darf nicht gleichgesetzt werden mit den konkreten Bestrebungen, zu einem Regime oder Wertesystem traditionell-sowjetischer Art zurück-

zukehren. Der Großteil der Bevölkerung ist der übereinstimmenden Meinung, daß die Ideen des Kommunismus sich überlebt haben und die Kommunisten in Rußland nie wieder an die Macht kommen werden.

Tabelle 10: "Welches Wirtschaftssystem erscheint Ihnen als das attraktivste?"

Monat	März	Juni	Sept.	Dez. 1992
Zahl der Befragten	1.579	1.630	1.460	1.700
die staatliche Planwirtschaft	32	28	28	30
ein System, das Privateigentum garantiert	42	40	48	42
weiß nicht	26	30	23	28

Im Oktober erklärten 51 % der Befragten, daß sie für die Einführung des Privatbesitzes von Grund und Boden stimmen würden, wenn es zu einem entsprechenden Referendum komme. Dagegen sprachen sich nur 12 % aus. Ebenso niedrig war die Zahl der entschiedenen Gegner der Privatwirtschaft. In den letzten zwei Jahren wurde der Großteil der Bevölkerung von Gegnern des Privateigentums und der Einführung des Kapitalismus in Rußland zu deren Anhängern. Untersucht man das in vieler Hinsicht widersprüchliche Bewußtsein der heutigen russischen, postsowjetischen Gesellschaft, dürfen diese fundamentalen und unwiderruflichen Veränderungen auf keinen Fall außer acht gelassen werden.

(Moskau, Januar 1993)

Übersetzung: Ingrid Gloede, Hamburg